

Demokratisierung ökonomischer Verhältnisse – Ausgangs- und Einsatzpunkte einer aktuellen Notwendigkeit

Lehner Daniel (IHS Wien), Lehner Lukas (SJ Burgenland)

(First draft, don't quote)

1. Einleitender Problemaufriss

Vor dem Hintergrund der seit 2008 andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise bestehen die aktuellen Politiken des *vorherrschenden Krisenmanagements* nach wie vor weitgehend in der Legitimation und Durchsetzung sich angeblich selbst aufdrängender Entscheidungen, in der legislativen Anpassung an so genannte Notwendigkeiten des Weltmarkts und in der „ausgewogenen“ Verteilung der Kosten und des Profits dieser Anpassung innerhalb der Strukturen „nationaler Wettbewerbsstaatlichkeit“ (Hirsch 2002: 84ff.). Dieses herrschaftsförmige Krisenmanagement hat die Macht der Finanzmarktakteure weitgehend gesichert, die Vermögen der Besitzenden durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte gerettet und das Narrativ der „Staatsschuldenkrise“ dergestalt diskursiv installiert, dass die öffentlichen Haushalte – und damit auch die sozialen Ansprüche der Regierten – als Ursache ebendieser Krise markiert werden. Von Demokratie ist innerhalb dieser Konstellation kaum mehr die Rede und wenn, wird sie als „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) der kapitalistischen Verwertungslogik unterstellt – als eher lästige Verpflichtung, die das schnelle Re(a)gieren nur verhindere. Wir können aktuell eine autoritäre Verdichtung in der europäischen „Krisenlösungsagenda“ beobachten, die mit dem Fiskalpaket eine sozialfeindliche Sparpolitik in den Verfassungen festschreiben lässt (vgl. Demirović/Sablowski 2011; Klatzer/Schlager 2011; Konecny 2012; Oberndorfer 2012). Die Parlamente, als die zentralen Institutionen bürgerlicher Demokratie, sollen nachträglich die Entscheidungen des herrschenden ökonomischen Blocks legitimieren und durchsetzen, womit sich gleichzeitig die Reichweite möglicher eigener, zukünftiger Entscheidungen einschränken. Mit einer demokratisch-parlamentarischen Willensbildung, die das Prinzip einer (europäischen) Volkssouveränität noch ernst nehme, hat dies nur mehr kaum was zu tun und kann es auch nicht: Diese Austeritätspolitik verwüstet im Interesse des Kapitals ökonomische und soziale Strukturen nicht nur an der europäischen Peripherie und könnte daher gar nicht konsensual oder gar demokratisch durchgesetzt werden.

Die aktuelle ökonomische Krise, d.h. die Krise der neoliberalen, finanzdominierten Akkumulation, beschränkt sich deshalb nicht auf den Bereich der Ökonomie, sondern steht mit anderen „relativ autonomen“ sozialen Feldern wie eben der staatlich vermittelten Politik in einem spezifischen Vermittlungs- und Determinationsverhältnis, das von umkämpften Widersprüchen und Dynamiken durchzogen ist: Die Krise der parlamentarischen Demokratie drückt sich in einer „*Krise der Repräsentation*“ aus, die nicht nur durch eine verstärkte Distanz zwischen Regierenden und Regierten, einer Entdemokratisierung staatlicher Prozesse gekennzeichnet ist, sondern sich auch dadurch auszeichnet, dass diese Repräsentationskrise durch die Formierung postdemokratischer und autoritärer Politikstrategien herrschaftsförmig bearbeitet wird (vgl. Bader et al. 2011: 21ff.). In diesem Sinne gilt es auch das politik-mediale

Sinnieren über eine angeblich sich verstärkende Politikverdrossenheit als konservative, staatspädagogische Pseudodiagnostik zurückzuweisen – so als würde die politische Elite noch „funktionieren“ und als sei das Elektorat Schuld, dass es sich angesichts der herrschenden Politiken resignativ zurückziehe. Stattdessen ist es vielmehr umgekehrt: „Die Krise der Repräsentation ist eine Abschottung des politischen Systems.“ (Brand 2009: 22:15) Die Probleme und Anliegen der Leute werden nicht mehr repräsentiert im politischen System, die Generierung und Delegation von Interessen über Parteien funktioniert größtenteils nicht mehr – auch, weil eine generelle Machtverschiebung weg von den Parlamenten hin zur Exekutive und Judikative zu beobachten ist. Was also als Politik- oder auch PolitikerInnenverdrossenheit von den Medien mit einem kulturpessimistischen Unterton angeprangert wird, kann aber auch in Ansätzen positiv gedeutet werden: Die Leute verweigern sich, „auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden“ (Foucault 1992: 12).

Diese Verweigerungshaltung zeigt sich auch in der potentiellen Wahl von Protestparteien (Piraten, Peppe Grillo, etc.), die man sehr wohl auch als Symptome dieser repräsentativen Krise fassen kann. Meist bleibt diese Zurückweisung der (partei-)politischen Repräsentation aber in einer Negation des Bestehenden stecken und kommt nur selten an den Punkt einer *Neuaustrichtung der politisch-demokratischen Frage*. Ansätze in diese Richtung gibt es aber insbesondere seit 2011 in den diversen Protestbewegungen gegen die europäischen Austeritätspolitiken mit der Forderung nach „Echter Demokratie, jetzt!“ (Spanien), den Protesten gegen den Finanzkapitalismus durch die Occupy-Bewegung oder auch den Erhebungen gegen die autoritären Regime der arabischen Welt. In all diesen Protesten werden – trotz mannigfaltiger Unterschiede – durch Besetzungen öffentlicher Plätze, der Erschaffung neuer Öffentlichkeiten, einer Zurückweisung staatlicher Repräsentationsformen und einer gemeinsamen Organisation von Deliberation und sozialer Reproduktion neue Formen des Demokratischen angedacht und auch temporär experimentiert (vgl. Lorey et al. 2012; Wöhl 2012).

Angesichts dieser umstrittenen und fragilen Gesamtkonstellation gehen wir erstmals davon aus, dass nur ein „sozialökologischer Gesellschaftsumbau“ (ISM 2011) einen praktischen Ausweg aus den zunehmend autoritärer werdenden „Krisenlösungspolitiken“ der noch immer herrschenden neoliberalen Konfiguration von Staatlichkeit weist. Eine solche sozialökologische Transformation¹ muss sich nun – so unsere Ausgangsfeststellung – wesentlich auf Prozessen der Re-Demokratisierung sozialer Verhältnisse gründen, wobei es hier nicht nur um eine Rückgewinnung² demokratischer Möglichkeiten innerhalb der

¹ Unter solch transformatorischen Praktiken verstehen wir emanzipatorische Bestrebungen und Strategien, die auf eine Überwindung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse abzielen, d.h. Verhältnisse, die sich entlang der wesentlichen, immerzu verwobenen Ungleichheitsdimensionen von Klasse, Geschlecht und Ethnizität (vgl. Klinger et al. 2007) reproduzieren und staatlich vermittelt konstituieren. Transformation, Emanzipation und Demokratisierung werden in diesem Beitrag daher weitgehend synonym verwendet.

² Ausdrücke wie *Re-Demokratisierung* oder *Rückgewinnung* demokratischer Strukturen sollen nur auf den aktuellen Abbau demokratischer Verfahren und Rechtfertigungsnarrative hinweisen und nicht dahingehend missverstanden werden, als ob völlig demokratische bzw. demokratischere Zeiten schon einmal existiert hätten. Genau diesem historischen Irrtum leistet aber das bekannte „Postdemokratiethorem“ sensu Crouch (2008; 2011) Vorschub, weil zwar richtigerweise auf die aktuelle *Abwesenheit* des demokratischen Moments und die *Entleerung* demokratischer Institutionen hingewiesen wird (vgl. Lehner 2012), aber nachträglich die

bestehenden politischen Verfahren und Institutionen gehen soll, sondern auch eine Demokratisierung *aller* sozialen Verhältnisse notwendig erscheint. Nachdem die herrschende Konfiguration neoliberaler Staatlichkeit weder interessiert daran noch in der Lage ist, das Begehren der breiten Massen und deren Forderungen durch- wie umzusetzen (u.a. Vermögenssteuern) und auch nicht adäquat auf die zivilisatorischen Bedrohungen eingehen kann (Klimawandel, Ressourcenkrise), braucht es vermehrt Konzeptionen, die die demokratische Idee abseits von kapitalistischen Verwertungsmechanismen auf ökonomische Verhältnisse ausdehnen. Das vorherrschende Zusammenspiel aus liberaler Demokratie und Kapitalismus kann schlichtweg die anstehenden Probleme nicht lösen. Die aktuelle Gefahr besteht darin, dass die herrschenden Blöcke an der Macht dieses Unvermögen gerade jenen bestehenden demokratischen Verfahren und Öffentlichkeiten in die Schuhe schieben, an deren Rückbau sie aktuell selbst arbeiten. Diese existierenden und historisch erkämpften demokratischen Räume – so eine weitere Ausgangsüberlegung dieses Beitrages – können nun aber nur dadurch verteidigt werden, indem wir an ihrer ständigen Ausdehnung arbeiten (vgl. Kap. 3).

Diese gemeinsame Arbeit an der emanzipatorischen Transformation herrschaftlicher Verhältnisse braucht daher ein erneuertes und vertieftes Verständnis von Demokratie um eine Idee und einen legitimatorischen Anker zu haben, von dem ausgehend unsere aktuelle Gesellschaftsformation nicht nur kritisiert und unter Rechtfertigungsdruck gesetzt, sondern auch praktisch umgebaut werden kann. Das vorrangige Ziel dieses Beitrages besteht genau in der Skizzierung eines solchen Demokratiekonzeptes und dem Versuch, dieses auf die ökonomischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse zu applizieren. Notwendig erscheint uns eine Idee von Demokratie, die sich nicht auf staatliche Strukturen und Apparate oder auf das politische Feld – in dem um staatliche Verfügungsmacht gerungen wird – beschränkt. Demokratie solle vielmehr als „Versprechen“ verstanden werden (vgl. Derrida 2006; Marti 2006), das quer zur funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaft alle sozialen Funktionssysteme zu durchdringen hat und in allen sozialen Bereichen praktisch aktualisiert werden soll. In diesem Sinne gilt es das sozialdemokratische Echo aus den 1970er Jahren – die Forderung nach einer demokratischen *Durchflutung* der Lebensbereiche und danach, das *Wagnis* Demokratie vermehrt einzugehen – aufzugreifen. Demokratie als Versprechen meint, dass sie nicht einfach gegeben oder bereits realisiert ist, sondern uns auf eine notwendige Praxis verweist, die es aktuell und zukünftig durchzusetzen gilt. Die Forderung nach einer Demokratisierung verpufft aber leicht bzw. mündet in einem moralischen Appell, wenn nicht präzise angegeben wird, worin die zentralen begrifflichen Dimensionen solch einer *demokratisierenden Praxis sozialer Verhältnisse* bestünden³: Diese gemeinsame Praxis –

keynesianisch geprägten 1970er Jahre als das hingestellt werden, was sie nie waren: ein egalitäres, demokratisches Idyll.

³ Während die meisten politikwissenschaftlichen Beiträge zu einer „Demokratisierung der Demokratie“ (Offe 2003) eine institutionelle Reformperspektive einnehmen, sollen in diesem Text die demokratisierenden Praktiken selbst als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen dienen – ohne damit aber die bestehenden Institutionen der Demokratie zu vernachlässigen oder gering zu schätzen. Nichtsdestotrotz erscheint uns die Überlegung, Demokratie weniger als bereits konstituiertes, politisches System, sondern als Handlungs- bzw. Praxisbegriff zu konzipieren (Buchstein/Jörke 2003: 490ff.; Jörke 2010: 284f.), als sinnvolle Möglichkeit,

so wird dieser Beitrag argumentieren – bestehe in der *konfrontativen* Einforderung und Ausdehnung von *Gleichheit* und in der Durchsetzung sozialer Teilhabe *aller* (vgl. Lehner 2012). Dieses Nachdenken über eine praxistheoretische Konzeption von Demokratie kann aber nicht darin bestehen, nur abstrakt-begriffliche Selbstbespiegelungen durchzuführen. Vielmehr muss diese theoretische Praxis nicht nur in Beziehung zu aktuellen Politiken und Protesten gesetzt werden, sondern auch ihren Begriff von Demokratie in Bezug zu ökonomischen Verhältnissen bringen. Der in den letzten Jahren v.a. innerhalb gewerkschaftlicher Zusammenhänge wieder akzentuierte Begriff der *Wirtschaftsdemokratie* (vgl. Kap. 4) versucht genau diese Verknüpfung einzulösen, wobei unser Beitrag auszuloten versucht, worin das demokratische Moment innerhalb ökonomischer Verhältnisse bestehen und mittels welcher Wege eine Demokratisierung dieser Strukturen angegangen werden könnte.

Wie werden wir in unserer Argumentation vorgehen? Gemeinhin – und dies gilt insbesondere für Stellungnahmen zur Finanz- und Wirtschaftskrise – wird das Verhältnis von Politik und Ökonomie so bestimmt, dass Beobachtungen von Veränderungen letzterer als Ausgangspunkte dienen, um danach bestimmen oder diskutieren zu können, welche Auswirkungen dies auf die Verfasstheit eines politisch-staatlichen Gefüges habe bzw. worin die adäquate politische Antwort auf ökonomische Verwerfungen und Krisensymptome zu bestehen hätte. Wir drehen in diesem Beitrag dieses Verhältnis bewusst um: Die Frage der Demokratie wird nicht mehr ausgehend von den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen und deren wechselseitige Beziehung zu Staatlichkeit gedacht, sondern umgekehrt wird uns ein normativ aufgeladenes Konzept von Demokratie dazu dienen, um *aus dieser Perspektive* die Ökonomie zu problematisieren bzw. auf Möglichkeiten ihrer Demokratisierung zu befragen. Während aktuell der Demokratiebegriff als nachträgliche Legitimation partikularer, ökonomischer Interessen missbraucht wird oder gar vollständig aus den politischen Diskursen verschwindet, kehrt dieser Beitrag daher das beschriebene Verhältnis von Ökonomie und demokratischer Politik um. Nach einigen demokratietheoretischen Überlegungen (Kap. 2) werden wir jene Dimensionen des Demokratiebegriffes skizzieren, die wir als zentral für ein praxistheoretisches Verständnis von Demokratie erachten: Selbstkonstitution, Gleichheit, Dissens und Offenheit (Kap. 3). Dieser Versuch einer begrifflichen Fixierung eines Konzepts *demokratisierender Praktiken* dient hernach als normativer Ausgangspunkt, um wirtschaftsdemokratische Ansätze und Überlegungen zu diskutieren und weiterzudenken (Kap. 4).

Getragen ist dieser Beitrag von der Notwendigkeit, „Kinderkrankheiten“ emanzipatorischer Diskurse – das Kreisen um „Entweder-Oder“ und „Ja, aber“-Argumentationen – zurückzulassen. Es brauche zur Durchsetzung wirtschaftsdemokratischer Verhältnisse multiple Strategien, d.h. *sowohl* experimentierfreudige neue Formen sozialer, egalitärer (Re-)Produktion, die marktwirtschaftliche Vergesellschaftungen zurückweisen und die Legitimität des Privateigentums untergraben, *als auch* repräsentativ-politische Initiativen, die innerhalb und vermittelt staatlicher Apparate egalitäre Breschen schlagen (z.B. Lohnarbeitszeitverkürzung). Da wir uns in einem gesamtgesellschaftlichen Vermittlungszusammenhang von Produktion und Reproduktion befinden, in dem nicht nur

widerständische, gemeinsame Akte demokratischer Selbstkonstitution besser in den Blick zu bekommen – auch mit Blick auf die erwähnten politisch-emanzipatorischen Bewegungen.

Waren und Dienstleistungen, sondern auch Zeichen, Symbole, Ideen und sogar Zeit- und Möglichkeitsräume gemeinsam hergestellt, distribuiert und „konsumiert“ werden, durchzieht die Frage nach der Wirtschaftsdemokratie im Grunde die gesamte Gesellschaftsformation. Demokratie bedeutet in diesem Sinne auch die gemeinsam auszuhandelnde Verfügung darüber, was wir alltäglich gemeinsam als „Commons“ herstellen: „Ökonomische Reformbestrebungen müssen ganz allgemein auf einer Rückeroberung oder Schaffung des Gemeinsamen gründen.“ (Hardt/Negri 2004: 355), wobei dieses Gemeinsame „sowohl Endprodukt als auch Vorbedingung für die Produktion“ (ebd.: 384) ist. Abschließend werden wir ein paar politische wie theoretische Fluchtlinien zeichnen und zur Diskussion stellen, welche uns angesichts der aktuellen politischen Veränderungen und Kämpfe als besonders relevant für wirtschaftsdemokratische Bestrebungen erscheinen (Kap. 4).

2. Die konstitutive Umstrittenheit der Demokratie – demokratietheoretische Ausgangspunkt

Fragt man nach der Bedeutung von Demokratie, kommen meist Konzepte in den Sinn, die alle bis heute so etwas wie ihren „normativen Kern“ ausmachen: Partizipation aller Menschen, kollektive Selbstbestimmung, politische Willensbildung von unten, Herrschaft des Volkes oder der öffentliche Entscheidungs- und Diskussionszusammenhang von Parteien, Medien und Parlament. Es ist gerade diese Vagheit und Weitläufigkeit der Demokratie, die es unmöglich macht, ihr einen dauerhaften Begriffskern einzuschreiben. Was eine Demokratie ausmacht, was man darunter verstehen kann und soll – das verändert sich historisch ebenso, wie es unzählige theoretische Ansätze gibt, sie systematisch und konsistent zu denken (u.a. Sartori 1997; Schmidt 2010). Es lässt sich daher „eine ständige theoriepolitische Auseinandersetzung mit der Demokratie beobachten, die deren normativen Gehalt wie auch ihre zentralen Praktiken immer wieder aufs Neue festzulegen versucht“ (Jörke 2010: 271f.), wobei der Bezug auf sie weitgehend affirmativ ist: Fast alle politischen Akteure beziehen sich positiv auf Demokratie, wollen sich für ihre Form der Demokratie einsetzen.

Grob formuliert unterscheiden sich demokratietheoretische Konzeptionen danach, wo sie das demokratische Prinzip gesellschaftlich verorten, welche Reichweite sie der Demokratie bescheinigen und wie sie das Verhältnis des demos zu seiner (Selbst-)Herrschaft fassen. In den westlichen, liberal-demokratischen Staaten verdichten sich dabei zwei verschiedene, historische demokratische Logiken, die gemeinsam jenes „demokratische Paradox“ (Mouffe 2000) herstellen, das sich zwischen den Polen der Freiheit und Gleichheit aufspannt und bis heute die politischen Auseinandersetzungen über deren adäquates Verhältnis und das jeweilige Verständnis von Demokratie aufspannt: „On one side we have the liberal tradition constituted by the rule of law, the defence of human rights and the respect of individual liberty; on the other the democratic tradition whose main ideas are those of equality, identity between governing and governed and popular sovereignty. There is no necessary relation between those two distinct traditions but only a contingent historical articulation. Through such an articulation [...] liberalism was democratized and democracy liberalized.“ (ebd.: 2f.) Die Verknüpfung liberal-demokratisch ist daher ein stetig umstrittenes Paradoxon.

Einerseits existiert ein älterer, liberaler Strang, der eine freiheitliche politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung anstrebt und dabei die Freiheit des Individuums gegenüber staatlicher Macht betont und als individuelle Rechte als Ausgangspunkt nimmt. Eine liberale

Demokratietheorie konstituiert sich um individuelle Freiheit, Privateigentum, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit und pocht auf eine strikte Trennung des Allgemein-Politischen vom Privatem der „bürgerlichen Gesellschaft“. Die einseitige Betonung liberaler Konzepte läuft nun auf eine demokratische Minimalvariante hinaus, in der Demokratie einzig in der möglichen (Ab-) Wahl politischer Eliten bestünde, d.h. sich im regelmäßigen Wahlgang weitgehend erschöpfe (vgl. Schumpeter 1993): Für den Liberalismus ist zuallererst eine „politische Gesellschaft [...] eine menschliche Erfindung zum Schutz des Eigentums des Individuums an seiner Person und seinen Gütern und (folglich) zur Aufrechterhaltung geordneter Tauschbeziehungen zwischen Individuen als Eigentümern ihrer selbst.“ (Macpherson 1990: 296). Diese Nachrangigkeit des demokratischen Prinzips kann soweit gehen, dass die „Herrschaft der Mehrheit“ (Hayek) als potentieller Angriff auf individuelle Rechte (z.B. Privateigentum) gedeutet wird. Von dem her steckt im Liberalismus immer schon ein aristokratisch-elitärer Hang, welcher mittels Staatsgewalt Rechtsansprüche gegenüber den Mehrheitsinteressen des „Pöbels“ durchzusetzen weiß. Der zweite theoretische Strang, der in unser heutiges Verständnis liberal-demokratischer Staatlichkeit eingeht, gruppiert sich begrifflich um Gleichheit bzw. Volkssouveränität (s.o.) und hat dem liberalen Staat historisch eine Ausdehnung von formaler Gleichheit abgerungen, u.a. die Ausweitung des Wahlrechts auf alle. Eben weil dieser egalitär-emanzipatorische Strang die politische Herrschaft einiger weniger zurückweist und auch nicht davor zurückschreckt, das demokratische Prinzip auf mehr gesellschaftliche Bereiche auszuweiten, wollen wir uns mit diesem Beitrag v.a. darin verorten. Nun ist aber nicht nur die Bedeutung des Demokratiebegriffes umstritten, sondern man kann in Anlehnung an Chantal Mouffe (2000) oder Claude Lefort (1990) auch sagen, dass es diese *Umstrittenheit* selbst ist, die ein demokratisches Gefüge auszeichnet: Demokratie impliziert die ständigen, politischen Auseinandersetzungen um die legitime Einsetzung und Organisation des Sozialen. Verschiedenste AkteurInnen mit je verschiedenen Interessenshintergründen und normativen Vorstellungen davon, wie die Welt beschaffen sein soll, sind in hegemoniale Kämpfe über die Einrichtung dieser, ihrer gemeinsam geteilten Welt verstrickt. Demokratie ist in diesem Sinne wesentlich von Pluralität und Dissens gekennzeichnet. (Begriffliche) Auseinandersetzungen und politische, ideologische Kämpfe sind konstitutiv für sie, weshalb die Annahme eines außerhalb der Auseinandersetzungen existierenden Konsenses – sei es als Ausgangspunkt (z.B. naturrechtliche Vorstellungen) oder als endgültiges Ziel (z.B. Kommunismus) – als vordemokratisch bzw. auch vorpolitisch zurückzuweisen ist. Mehr noch: Die (demokratiethoretische) Orientierung am Konsens, den es über Verfahren herzustellen und ermöglichen gelte, verkennt die Notwendigkeit, dass sich neue politische AkteurInnen erst über einen Dissens zur Gesamtsituation herausbilden und damit erst Sichtbarkeit erlangen (vgl. Rancière 2002; Mouffe 2007): Wer den Raum der Politik im Sinne Habermas' vornehmlich als Arena der gemeinsamen Öffentlichkeit begreift, in der sich kommunikative Vernunft dadurch Bahn brechen sollte, in dem sich verschiedene Subjekte unter dem Banner der „herrschaftsfreien Kommunikation“ versammeln und Geltungsansprüche bzw. rationale Argumente in deliberativen Prozessen aushandeln, übersieht die konfliktreiche und mitunter gewaltsame Komponente der Demokratie. Diese kann eben nicht auf diskursive, auf Konsens abzielende Sprechakte beschränkt werden: Demokratische Elemente wurden historisch dem bürgerlichen Staat mühsam und mitunter gewaltsam abgerungen und auch unsere demokratische Republik selbst wurde 1945 wieder gewaltsam eingeführt. *Gewalt* ist in diesem

Sinne nicht etwas der Demokratie äußerliches, sondern in ihr eingelassen mit der Besonderheit, dass erstens diese Gewalt geteilt ist (bzw. sein sollte), dass sie zweitens legitimiert ist und drittens der demos selbst die Verfügung über diese Gewalt beansprucht.⁴

Diese Verfügung über diese (potentielle) Gewalt kann theoretisch soweit gehen, dass die Leute übereinkommen: So wie aktuell unsere Demokratie bestellt ist, hat sie nur mehr wenig mit der Idee kollektiver Selbstbestimmung zu tun, weil sie von oligarchischen und aristokratischen Strukturen durchdrungen und nur mehr die formale Hülle ihrer selbst ist. Wir erschaffen uns daher selbst und die Bedingungen dieser Selbsterschaffung neu, indem wir diese aktuellen politischen Verhältnisse zurückweisen und mit der Idee von bzw. dem Versprechen nach Demokratie konfrontieren und eine Neugestaltung des Sozialen und Politischen anvisieren. Demokratie hieße in diesem Sinne die ständige Potentialität aufzugreifen, wieder neu zu beginnen und das, was alle betrifft, neu anzudenken, neu auszuhandeln und/oder neu zu organisieren. Mehr noch: In diesem „Neu-Beginnen“ – historisch z.B. die Ausrufung der Republik (vgl. Marchart 2006) oder das Etablieren einer verfassungsgebenden Versammlung – liegt so etwas wie der Null-Punkt des Politisch-Demokratischen (vgl. Arendt 1963). Die bisherigen politischen Strukturen und Verfahrensweisen werden zurückgewiesen, delegitimiert und als unvereinbar mit dem demokratischen Versprechen markiert. Gleichzeitig mit dieser (symbolischen) Negation der Bestehenden formiert sich – wie Negri/Hardt (2000; 2004) sagen würden – eine konstituierende Macht, die diese Demokratisierung der konstituierten Mächte stetig einfordert und vorantreibt.⁵ Dieser demokratische Null-Punkt des Neu-Anfangens besteht in der Etablierung einer „egalitären Ausgangssituation“ (vgl. Lehner 2012): Freie und gleiche Menschen formieren sich im Konflikt mit unfreien und ungleichen sozialen Verhältnissen, kommen zusammen und darin überein, dass sie die Belange ihres Lebens nun selbst bestimmen werden. Solch demokratische Interventionen bestehen daher aus einem *Akt der Selbstautorisierung*: „Diese Selbstautorisation ist also nichts anderes als ein Gewaltakt, weil sie sich nicht auf etwas Vorgängiges berufen kann, um sich zu legitimieren.“ (Bonacker 2006:

⁴ Diese gewaltsame – und damit auch wehrhafte – Dimension von Demokratie gilt es insbesondere gegenüber einem Diskursstrang der „Neuen Rechten“ hervorzuheben, berufen sich doch diese z.B. in Österreich in ihren revisionistischen und autoritären Bestrebungen nicht nur auf „direkte Demokratie“ (s.unten), sondern auch oft auf das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung um z.B. das NS-Verbotsgesetz zu delegitimieren. Demokratie besteht nun aber nicht in einer lediglichen Ansammlung privater Meinungen, die schon qua Existenz legitim oder demokratisch wären, sondern beruht auf (auch umstrittenen) Ausschlüssen dessen, was sie selbst und den mit ihr korrespondierenden Raum des Gebrauchs „öffentlicher Vernunft“ (Kant) unterminieren bzw. mitunter auch abschaffen will. Demokratie beinhaltet daher auch einen (gewaltsamen) Ausschluss des Anti-Demokratischen – eine „Demarkationslinie“, deren Ziehung innerhalb des agonalen, demokratischen Raumes selbst umstritten ist.

⁵ Diese theoretische Privilegierung der konstituierenden gegenüber der konstituierten Macht hat den angenehmen Vorteil, dass sie die emanzipatorische Gesten und Praktiken der „Multitude“ in den Blick nimmt und in der Arbeit des postfordistischen Proletariats jene Basis zu finden vermeint, in der sich die autonome und kooperative Massenintellektualität als stetig konstituierende Macht auf Dauer stellt (Negri 1998). Da nun dieser post-operaistische Marxismus jegliche Form von Souveränität und Repräsentation zum Gegner erklärt (Hardt/Negri 2000), geraten soziale und politische Institutionen – d.h. konstituierte Mächte – aus dem Blickfeld, wodurch Fragen der Hegemonie, der politischen Kräfteverhältnisse und Strategien nicht mehr sinnvoll gedacht werden können. Das heißt für uns, dass wir hier die Dialektik von konstituierter und konstituierender Macht beachten müssen (Celikates 2010), um nicht einer theoretischen „Fetischisierung“ demokratisierender, ereignishafter Praktiken anheim zu fallen (vgl. Kap. 3).

203) Demokratisch sind diese Ausgangssituationen, weil sich der demos gleichermaßen als Autor und Adressat von kollektiv bindenden Entscheidungen einsetzt.

Und hier wird die Sache der Demokratie vertrackt: Die Hervorhebung dieser demokratischen Ausgangssituationen – die ihren Widerhall z.B. in den Besetzungen von öffentlichen Plätzen in den aktuellen Protestbewegungen finden – darf uns nicht übersehen lassen, dass diese politischen Ereignisse sich instituieren müssen, um erstens den emanzipatorischen Impuls am Leben zu erhalten und zweitens Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Durchsetzung von Entscheidungen des demos garantieren. Den zweiten Teil regelt gemeinhin eine Verfassung, die klar zwischen einem Bereich der Entscheidungsfindung/Rechtssetzung (Legislative) und der Implementation dieser Entscheidungen (Exekutive) unterscheidet. In rechtsstaatlich verfassten Demokratien sind deshalb – grob gesprochen – beide Ebenen, das Moment der demokratischen Selbstkonstituierung und das Moment der Herrschaft/Durchsetzung widersprüchlich aneinander gebunden.⁶ Widersprüchlich deshalb, weil es durchaus der Fall sein kann bzw. ist, dass die beiden Momente zu sehr auseinander treten⁷, d.h. soziale und politische Herrschaft den legitimatorischen und organisatorischen Bezug zur demokratischen Idee verloren haben, und deshalb neue politische AkteurInnen sich aufmachen, den vorhin erwähnten emanzipatorischen Impuls der demokratischen Idee in und gegenüber diesen „entdemokratisierten“ Strukturen von Herrschaft neu zu akzentuieren. Der zeitdiagnostisch konstatierte Rückzug oder Verlust des Demokratischen ist ja nur die Kehrseite jener neuen politischen AkteurInnen, die aktuell laufend in den mediterranen Metropolen für auf die Straße gehen und diesem demokratischen Vakuum neue Luft einhauchen.

Wenn wir bisher vor allem die (mitunter gewaltsamen), demokratischen Gründungsmomente betont haben, so dürfen wir nicht übersehen, dass diese Momente einen symbolischen Raum der Demokratie auch erst etablieren; einen offenen, umkämpften Raum, innerhalb dessen verschiedenste AkteurInnen nicht nur über Inhalte streiten, sondern auch über die Rahmenbedingungen des Raumes selbst (z.B. Verfassung). Erst die Instituierung eines solchen Raumes, der unmittelbar an die Existenz einer politischen Öffentlichkeit geknüpft ist, ermöglicht die an das erwähnte demokratischen „Versprechen“ (Derrida 2006; Marti 2006; Jörke 2010) gekoppelte Möglichkeit einer erneuerten und erneuten Aushandlung darüber, wie der demos seine Selbstherrschaft auffassen und einrichten will. Gerade durch die fortwährende Existenz⁸ eines solchen *symbolischen Raumes der Demokratie* ist Kritik und Agonalität

⁶ Diese Koppelung kommt schon im griechischen Begriff der Demokratie als Volks (*dēmos*)-Herrschaft (*kratía*) zum Ausdruck. Der Demokratie ist deshalb ein für sie zentrales Spannungsverhältnis inhärent, das sich zwischen exekutiven Tätigkeiten und dem Moment der Selbstinstituierung des demos aufspannt. Wie haben es mit einem „Selbstregierungszirkel“ zu tun, wobei der paradoxe Clou an der Demokratie eben ist, dass die Einzelnen als Menge an der Tatsache des Herrschens und des Beherrschtwerdens teilhaben (vgl. Rancière 2008).

⁷ Diese Kluft zwischen der demokratischen Idee und ihrer aktuellen Ausformung in den politischen Herrschaftsstrukturen westlich-liberaler Demokratien wird innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte mit dem „Postdemokratiethorem“ (u.a. Buchstein/Nullmeier 2006; Comtesse/Meyer 2011) oder der Aufspaltung des Politikbegriffes in *Politik* und „*das Politische*“ (u.a. Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010; Hebekus/Völker 2012) theoretisch einzuholen versucht.

⁸ Es sollte klar sein, dass dieser symbolische Raum der Demokratie eben nicht selbstverständlich ist, sondern historisch erkämpft wurde, auch wieder abgeschafft werden kann und auch strukturell bedroht ist durch systemische Imperative der „instrumentellen Vernunft“ (Habermas 1981) bzw. des anhaltenden „fall of public man“ (Sennett 1977).

fundamentaler Bestandteil einer demokratischen Verfasstheit (vgl. Mouffe 2007): „Von daher erweist sich die Demokratie als die *geschichtliche Gesellschaft* schlechthin, eine Gesellschaft, die im offenkundigen Kontrast zum Totalitarismus die Unbestimmtheit in ihre Form aufnimmt und erhält.“ (Lefort 1990: 291) Der beispiellose Zug einer demokratischen Verfasstheit ist eben, dass „die Machtausübung nun einem Verfahren unterworfen [ist], das sie in regelmäßigen Abständen erneut ins Spiel bringt.“ (ebd.: 293). Es kommt zu einer „Institutionalisierung des Konfliktes“ und zu einer gesamtgesellschaftlichen „Entflechtung der Macht-, Rechts- und Erkenntnisphären“ (ebd.). Demokratie kann als diejenige Staats- und Herrschaftsform herausgestellt werden, die ihre eigene Kritik überhaupt erst ermöglicht, zulässt und auch als zulässig erklärt (Rödel et al. 1989), weshalb zu sagen ist: „Die Geschichte der westlichen demokratischen Bewegung wurde vom ständigen Zweifel der Demokratie an sich selbst begleitet.“ (Rancière 2010: 120) Der demokratische Gedanke der Selbstbestimmung ist durchdrungen von der Potentialität, dass jene, die von demokratischer Herrschaft betroffen sind, diese neu arrangieren können. Demokratie besteht gerade in der Möglichkeit, sich selbst und die demokratischen Institutionen neu zu erfinden. In diesem Sinne ist das Konstatieren einer Krise der Demokratie oder einer demokratischen Krise Element einer Selbstkritik im weitesten Sinne; eine Kritik, die in der Offenheit und Unabgeschlossenheit der Demokratie selbst wurzelt und diese erneuert.

Erst die Existenz eines umkämpften symbolischen Raumes der Demokratie beinhaltet die Möglichkeit zu einer legitimen Kritik: Einerseits kann eine emanzipatorische Kritik die Ausweitung des demokratischen Versprechens nach Freiheit und Gleichheit aller einfordern und versuchen, die Spuren der demokratischen Instituierung neu aufzugreifen (vgl. Lehner 2012). Andererseits bietet dieser demokratische Raum selbst die Möglichkeit, demokratische Errungenschaften zu unterminieren. Eine solche, konservative oder reaktionäre Demokratiekritik sieht durch die Ausweitung des demokratischen Prinzips private Freiheiten bedrängt, bemängelt eine Verzögerung von „notwendigen“ Entscheidungen durch demokratische Aushandlungsprozesse oder will schlichtweg die vorhandenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse gegenüber sozialen Ansprüche verteidigen. Diese autoritative Demokratiekritik nun einzig auf einen elitistischen Klassenrassismus „von oben“ oder einen bürgerlichen Standesdünkel zurückzuführen übersieht, dass einer demokratischen Ordnung die Möglichkeit ihrer eigenen Abschaffung eingeschrieben ist.⁹ Eine solche Offenheit der

⁹ Der aktuell prominente Diskursstrang der „*direkten Demokratie*“ versucht dies auf perfide Art und Weise: Im Sinne einer pseudorebellischen Geste nimmt z.B. die FP den Unmut gegenüber den politischen Verhältnissen zum Anlass, um die parlamentarische Repräsentation zu diskreditieren und strukturell auszuhöhlen. Eine „plebiszitäre Führerdemokratie“ (Weber) soll vorbei am Parlament laufend die Menge zu (von oben vorgegebenen) Befragungen und Abstimmungen herbeirufen. Der Demokratiebegriff wird hier missbraucht um eine autoritäre Identifikation zwischen einem als ethnisch-identisch gedachten „Volk“ und einer Führungsfigur zu etablieren, während demokratische Räume der Vermittlung, Deliberation und Repräsentation ausgeschaltet werden. Auch die von der VP unter dem Banner der „*direkten Demokratie*“ aktuell eingebrachten Vorschläge zur Demokratiereform atmen autoritären Geist: Wenn Gesetzesinitiativen von mind. 10% der Wahlberechtigten unterstützt werden, soll dies automatisch in einer Volksabstimmung münden, womit parlamentarische Mehrheitsverhältnisse übergangen werden können (ÖVP 2012). Auch immer wieder auftauchende Forderungen nach einem Mehrheitswahlrecht oder einem verstärktem, personalisiertem Wahlrecht sind dementsprechend zurückzuweisen. Spuren einer solchen Geringschätzung der konstituierenden, demokratischen Akte finden sich selbst noch in Vorschlägen zu einem „Superwahlsonntag“ (Prammer), an dem – mit Verweis auf

politischen Entwicklung darf nun aber in keiner resignativen oder moralisierenden Haltung münden, sondern muss diese Umkämpftheit der demokratischen Rahmenbedingungen aktiv aufgreifen und parteiisch für eine Vertiefung „sozialer Demokratie“¹⁰ eintreten. Anders formuliert: Gerade weil die Unterminierung und Delegitimation von demokratischen Räumen und Verfahren auch im Namen der Demokratie möglich ist, braucht es eine Befassung mit demokratiethoretischen Überlegungen und eine genaue Explikation jener Dimensionen, innerhalb derer sich ein emanzipatorisches Demokratieverständnis verorten kann. Bevor wir also nach den Möglichkeiten einer Demokratisierung ökonomischer Verhältnisse fragen, gilt es kurz solch ein Konzept demokratisierender Praxis zu skizzieren – auch um den nachfolgenden argumentativen Einsatz nachvollziehbar zu halten.

3. Demokratisierende Praktiken: Selbstkonstitution, Gleichheit, Dissens und Offenheit

Fassen wir zusammen: Der Demokratiebegriff ist historisch nicht nur selbst umstritten, sondern sein Verständnis ist immerzu auch an Verschiebungen in den sozialen Kräfteverhältnissen gekoppelt. Politische Ereignisse und Umbrüche können gewisse semantische Stränge des Begriffes wieder betonen, andere ausblenden und desartikulieren. Dementsprechend viele Demokratietheorien gibt es, wobei diese meist eingebettet sind in eine ideologisch-politische Positionierung und deshalb auch keine „Neutralität“ beanspruchen können. Abseits davon haben wir gesagt, dass Demokratie selbst wesentlich durch Umstrittenheit gekennzeichnet ist und dass sie jenen symbolischen Raum etabliert, in dem verschiedenste Ideen und AkteurInnen auf legitime Art und Weise um die Vorherrschaft ringen. Wichtig erscheint noch, dass sie als „Selbstregierungszirkel“ eine Dynamik in Gang setzt, die immer wieder auch zu Momenten führt, in denen der demos sich aufs Neue konstituiert (vgl. Rancière 2002) – mitunter auch in gewaltsamen Akten. Demokratie brauche sowohl den praktischen Rekurs auf solche „Ausgangssituationen“ als auch aktive (symbolische) Räume einer umkämpften Öffentlichkeit, in denen agonale Positionen aufeinanderprallen und mitunter über die Grenze der Demokratie selbst gestritten wird. Demokratie ist institutionalisierter und stetig erneuerter Dissens.

Soweit, so klar und nachvollziehbar. Wollen wir nun aber die Dimensionen eines emanzipatorischen¹¹ Demokratieverständnisses skizzieren, gilt es über diese demokratiethoretischen Überlegungen hinauszugehen. Ein solches Demokratiekonzept darf nicht beim Benennen einer Offenheit und Umstrittenheit stehen bleiben und damit in Gefahr laufen, einem postmodernen Abfeiern von *Pluralität* und Differenz auf den Leim zu gehen und in politischer Indifferenz zu versanden. Zweitens muss ein emanzipatorischer

Kostenersparnisse und mehr Zeit zum „Arbeiten“ – z.B. Landtagswahlen gleichzeitig stattfinden sollen – als wären Wahlen und diesbezügliche Kämpfe etwas, wofür man sich zu schämen hätte. Jedenfalls: Wir müssen dieses „Direkte“ der Demokratie anders verstehen als diese Versuche einer Aushebelung und Delegitimierung parlamentarischer Repräsentanz. Wenn, dann soll es um die direkte, egalitäre Beteiligung an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde, am Arbeitsplatz, an den Bildungsstätten und im familiären Verband gehen. Überall dort gilt es anscheinend selbstverständliche, hierarchische Strukturen mittels demokratischer Praktiken zu problematisieren und neu zu arrangieren. Eine Möglichkeit besteht z.B. in der Einführung selbstverwalteter Jugendbudgets auf Gemeindeebene (SJ Forderung, Wahlkampf Burgenland).

¹⁰ Vgl. Fußnote 12.

¹¹ Vgl. Fußnote 1.

Demokratiebegriff über einen reinen Formalismus hinausgehen, d.h. es reicht eben nicht, formale Prozesse des Dissens und der Konflikthaftigkeit oder deliberative Aushandlungsprozesse hervorzuheben, wenn unklar bleibt, wofür sich *inhaltlich* ein emanzipatorischer Akteur in seinen Bestrebungen einsetzt. Demokratie ist daher keine bloße quantitative Prozedur einer Entscheidungsfindung, sondern vielmehr eine substanzielle „Lebensform“ (Negt 2010), die sozialer Voraussetzungen bedarf und daher insbesondere innerhalb emanzipatorischer Zusammenhänge als „soziale Demokratie“ (Abendroth) zu fassen ist: Demokratie braucht politische wie soziale Teilhabe.¹² Drittens ist ein Konzept von Demokratie nötig, das nicht in der Beobachtung empirischer Begebenheiten und Prozesse aufgeht, sondern *normativ* auf eine andere, bessere und sinnvollere Ausgestaltung des Sozialen verweist. Dies kann die schon erwähnte theoretische Figur des „demokratischen Versprechens“ einlösen, weil sie einen Link etabliert zwischen einer zurückzuweisenden Gegenwart und einer erreichbaren Zukunft. Viertens – und das ist zentral – verortet sich ein solches Demokratieverständnis innerhalb einer Tradition emanzipatorischen Denkens bzw. progressiver politischer Praktiken, was soviel heißt, dass ein Demokratiebegriff *nicht neutral* gegenüber sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sich verorten kann: „[E]ine ‚unparteiische‘ Sozialwissenschaft kann es in einer auf Klassenkampf aufgebauten Gesellschaft nicht geben.“ (Lenin 1980: 7) Demokratietheoretische Praxis, d.h. das Arbeiten an und mit theoretischen Konzepten und Begriffen zur Demokratie, muss in einem emanzipatorischen Sinne daher immerzu in einem Vermittlungszusammenhang und –austausch mit konkreten politischen Praktiken steht, die an einer Ausdehnung und Vertiefung der Demokratie arbeiten.¹³ Eingedenk unserer Überlegungen zum Demokratiebegriff (Kap. 2) und beruhend auf den gerade getroffenen Entscheidungen wollen wir nun eine *Konzept demokratisierender Praktiken* vorschlagen, das unserer Meinung nach nicht nur wesentliche emanzipatorische Impulse in sich aufnehmen kann, sondern uns auch als normatives Figur dient, mittels derer ökonomische Verhältnisse demokratisiert werden können. Anhand der vier für uns zentralen vier Ebenen von

¹² Gerade in dieser Ausdehnung des demokratischen Prinzips auf alles Soziale besteht die „radikaldemokratische“ Agenda emanzipatorischer Initiativen; eine Ausdehnung, die der bürgerlich-liberalen Trennung einer Sphäre der Politik/Öffentlichkeit von einer Sphäre des Privaten/Ökonomischen nur als Zumutung erscheinen kann. Umso mehr muss aber auf der Notwendigkeit einer sozialen Demokratie – und nicht bloß einer demokratischen Politik – beharrt werden, setzen sich doch politische und soziale Mitbestimmung und Teilhabe voraus. Oder, um es mit Luxemburg zu sagen: „Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“ (Luxemburg 1983: 363)

¹³ Wird diese gesamtgesellschaftliche Vermittlung von theoretischer und politischer Praxis verleugnet, gerät Demokratietheorie leicht in Gefahr sich unreflektiert und implizit Herrschaftsverhältnissen anzudienen – z.B. im Sinne einer positivistischen Governanceanalyse, die die Selbsttitulierung westlich-liberaler Regime als demokratische einfach übernimmt. Eine kritische Demokratietheorie behält dem gegenüber dieses Verhältnis von Herrschaft, politischer und theoretischer Praxis im Auge und bezieht Position für und im Namen der Subalternen und Ausgebeuteten.

Selbstkonstitution, Gleichheit, Dissens, und Offenheit werden wir dieses praxistheoretische¹⁴ Konzept von Demokratie kurz begrifflich fixieren (vgl. Lehner 2012):

1) Wie wir im letzten Kapitel mittels republikanischer und „radikaldemokratischer“¹⁵ Ansätze verdeutlicht haben, besteht im „Neu-Anfangen“ ein zentrales Moment demokratischer Konstituierung (vgl. Marchart 2005). Dieses Etablieren einer „Ausgangssituation“ braucht Leute, die das, was sie alle betrifft, neu betrachten und neu arrangieren wollen. In diesem Sinne beinhaltet eine solche Neuaushandlung auch einen Bruch mit bisherigen sozialen Strukturen, Zuständigkeiten und politischen Verfahrensweisen: Die Rückbesinnung und Aktualisierung von *Demo*-kratie entzieht oligarchisch-aristokratischen Praktiken der Politik Legitimität und macht diese dadurch erst sicht- und angreifbar. Diese *Akte der Selbstkonstitution* gehen einher mit der praktischen Etablierung eines neuen politischen Akteurs, welcher für das Neue einsteht, dieses symbolisiert und sich auch in diesem Neuen verortet. Demokrat sein heißt daher zunächst einmal praktisch für diese Autonomie des demos einzutreten und Situationen zu schaffen (in der Schule, am Lohnarbeitsplatz, etc.), die bisherigen Abläufe mit Kontingenz konfrontieren (z.B. Besetzungen von Plätzen, Streiks) und davon ausgehend die Rahmenbedingungen des Gemeinsamen neu zu regeln. Wobei – und deshalb der Hinweis auf die Gewaltförmigkeit von Demokratie – diese neu entwickelten demokratischen Arrangements gegenüber ökonomischer oder autoritärer Usurpation geschützt werden wollen.

2) Nun ist jedoch nicht gegeben, dass solche ereignishaften Etablierungen von neuen, politischen Räumen demokratischen Charakter haben. Es sind auch Brüche mit existierenden Verhältnissen möglich, die autoritäre Strukturen etablieren (z.B. Putsch), wobei der Dezisionismus eines Carl Schmitts hier als oftmals als Gewährsfigur dient. Die Frage ist: Wann ist eine oben beschriebene, politische Selbstkonstitution demokratisch? Wann kann sie sich als demokratisch legitimieren? Unser Meinung nach dann, wenn sie von der *Idee der Gleichheit* durchzogen und getragen ist und versucht, diese Gleichheit innerhalb sozialer Verhältnisse zu verifizieren (u.a. Rancière 2002; Badiou 2010). Einfacher formuliert: Politische Praktiken des Neuanfangens sind dann demokratisch in ihrem transformatorischen Bruch mit gegenwärtigen sozialen Verhältnissen, wenn sie sich selbst egalitär organisieren und die existierenden Herrschaftsverhältnisse mit der Forderung nach Gleichheit konfrontieren. Erst die Vorstellung

¹⁴ Während konkurrierende theoretische Traditionen Kommunikationen (Systemtheorie), soziale Handlungen (Weber) oder performative Akte (Butler) ins analytische Zentrum stellen, betonen praxistheoretische Ansätze (Reckwitz 2003; Hillebrandt 2009) die praktischen, körperlichen wie diskursiven Tätigkeiten von AkteurInnen selbst. Für demokratiethoretische Fragen scheint dies sinnvoll, weil dadurch die AkteurInnen und deren Praktiken betont werden; Praktiken, die meist bei institutionszentrierten oder funktionalistischen Analysen zur Demokratie übersehen werden. Darüber hinaus sind praxistheoretische Überlegungen anschlussfähig für die marxistische Tradition, zielt diese doch seit jeher (Marx 1967 [1845]) auf die Erkenntnis von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen von Praktiken und Strukturen. Während daher eine Gesellschaftsformation von verschiedenen *sozialen Praktiken* konstitutiv durchzogen ist, verstehen wir als *politisch* jene *Praktiken*, die innerhalb wie am Rande staatlicher Apparate um die legitime Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen wetteifern. *Demokratisch* seien hingegen jene Praktiken, die eben diese vier Dimensionen verknüpfen und sich darin verorten.

¹⁵ Darunter können demokratiethoretischen Ansätze verstanden werden, die das egalitär-partizipative Versprechen von Demokratie stark machen, sich auch kritisch gegenüber realpolitischen Ausformungen westlich-kapitalistischer Demokratien positionieren und das emanzipatorische Potenzial des Demokratiebegriffs weder im Sinne konsensorientierter, deliberativer Theorien noch mittels einer regierungsnahen Governanceforschung verabschieden wollen.

von egalitären Geschlechterverhältnissen macht die patriarchal strukturierte Geschlechterdifferenz als ungleiche sichtbar und transformatorisch bearbeitbar. Erst die Idee von der Universalität der Menschenrechte unabhängig von Nationalität oder Ethnizität macht staatsrassistische Ausschließungsstrukturen als solche benennbar und gebietet uns rassistische Verhältnisse zu transformieren. Etc. Demokratisierende Praktiken rekurrieren in ihrem Einsatz daher wesentlich auf Gleichheit und verorten sich in der Einlösung des „demokratischen Versprechen“ nach egalitärer Teilhabe aller (vgl. Jörke 2010). Gleichheit soll daher jener praktische Referenzwert sein, der einen begrifflichen Brückenschlag zwischen sozialen bzw. politischen Protesten – die immerzu mit der Formierung eines neuen demokratischen Akteurs (samt Programmatik und Forderungen) einhergehen – und sozialen Ungleichheitsverhältnisse ermöglicht. Transformatorische Praktiken der Demokratisierung koppeln auf widersprüchliche Art und Weise¹⁶ diese AkteurInnen mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

3) Diese Praktiken haben dadurch nun fast automatisch all jene sozialen Strukturen und deren VerteidigerInnen zum Gegner, die an der oligarchischen Verfasstheit sozialer Machtverhältnisse festhalten wollen und diese abzusichern versuchen. Politische Praktiken und Prozesse beruhen auf Auseinandersetzungen, Konflikten und Kämpfen, die sich auch niemals stilllegen lassen. Genau dies bringt die Betonung der konstitutiven Umstrittenheit von Demokratie zum Ausdruck (Kap. 2), wobei es vor allem der *Dissens* zwischen den demokratisierenden – d.h. Gleichheit einfordernden – Praktiken und den verteidigenden Kräften einer Konfiguration von staatlicher Herrschaft ist, die wir hervorheben wollen. Ein neuer demokratischer Akteur, der sich zur Demokratisierung sozialer Strukturen aufmacht, entzieht sich den herrschenden (Politik-)Diskursen und bearbeitet diese gleichzeitig indem er den Fokus verschiebt. Erst über die Etablierung eines solchen „Streithandels“ (Rancière 2002) zwischen einem sich organisierenden demokratischen Akteur und den Blöcken an der Macht wird ein Dissens sichtbar und vermittelbar. Dieser Dissens findet nun aber nicht nur zwischen demokratischen AkteurInnen und sozialen Verhältnissen statt, sondern auch auf einer „ontologischen“ Ebene: Die demokratischen Akteure formulieren und etablieren einen Dissens zwischen einer als undemokratisch/unsozial zurückgewiesenen gegenwärtigen Ausgestaltung einer Gesellschaftsformation und einer möglichen anderen, eben demokratischeren Form von Gesellschaft, zu deren Verwirklichung sie eben praktisch antreten. Es ist genau das „demokratische Versprechen“, das zwischen dieser umkämpften Differenz zwischen Gegenwart und Zukunft eingelöst werden soll.

4) Eine demokratisierende Prozedur benennt, wie erwähnt, den Prozess einer Selbstermächtigung: Mit dem Hinweis auf das nicht erfüllte Versprechen der Demokratie nach egalitärer Teilhabe mobilisiert eine demokratische Prozedur die Idee egalitärer Selbstgesetzgebung, d.h. das traditionelle Prinzip der Volkssouveränität, um oligarchische Ausformungen realer Gestaltungsprozesse des politischen Feldes zurückweisen zu können. Diese praktischen Prozeduren einer Demokratisierung sind weder selbstverständlich noch

¹⁶ Widersprüchlich deshalb, weil demokratische Akteure einerseits gleichzeitig an die Ungleichheitsverhältnisse gebunden sind und diese transformatorisch bearbeiten und andererseits eine Distanz dazu haben und aufbauen müssen: Erst diese Distanz – gerade das versucht die erste Dimension der Selbstkonstituierung bzw. des Bruches einzuholen – ermöglicht eine Generierung von neuen Ideen bzw. Programmatiken und etabliert einen Blick jenseits realpolitisch-pragmatischer Einbindung.

notwendig, sondern bedürfen eines kontinuierlichen Einsatzes der Akteure. Und: Diese ereignishaften Brüche deiner Selbstkonstitution (s.oben) können auch wieder verebben, indem sie – unintendiert – in neuen Ungleichheitsverhältnissen münden oder solche zementieren. Gerade deshalb erscheint es uns als zentral, dass diese demokratisierenden Praktiken *Offenheit* signalisieren und beinhalten müssen. Und zwar auf mehreren Ebenen: Erstens gilt es die durch die demokratische Selbstkonstitution etablierten neuen Möglichkeits- und Diskussionsräume dadurch offen zu halten, indem sich immer mehr Leute daran beteiligen können. Demokratisierende Praktiken müssen von der Idee ihrer Ausdehnung getrieben sein. Zweitens gilt es diese, einmal etablierte Offenheit abzusichern gegen mögliche oligarchische oder privatistische Gegenbewegungen.

Zusammenfassend lässt sich über demokratisierende Praktiken sagen: Diese formieren sich in und über singuläre, politische Prozeduren, in denen aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse als solche sichtbar gemacht, mit *Gleichheit* konfrontiert bzw. entlang dieser transformiert werden. Die Konstitution solch singulärer Prozeduren – die an sich überall im gesellschaftlichen Gefüge emergieren können – geht einher mit der Etablierung eines politischen *Konflikts* einerseits zwischen dem neuen Akteur und den sozialen Ungleichheitsverhältnissen und andererseits mit einem artikulierten Konflikt zwischen der gegenwärtigen Organisation sozialer Verhältnisse und einer möglichen anderen, egalitäreren Organisation. In diesem Sinn besteht der demokratische Konflikt zwischen Akteuren und Verhältnissen und zwischen einer Gegenwart und ihrer möglichen Zukunft. Diese Akteure konstituieren sich über ihre demokratischen – und die sozialen Verhältnisse demokratisierenden – Praktiken und mobilisieren das „*demokratische Versprechens*“ nach sozialer Teilhabe aller (vgl. Jörke 2010).

Das heißt jetzt aber nicht, dass die demokratischen Praktiken und die möglichen Ergebnisse ihrer Kämpfe verloren gingen – im Sinne eines kurzen Aufflackerns emanzipatorischer Gestik gegenüber fixen Herrschaftsstrukturen. Ganz im Gegenteil können diese demokratisierenden Praktiken sehr wohl institutionalisiert werden und egalitäre Breschen in eine herrschende soziale Konfiguration schlagen. Andere, zukünftige demokratische Subjekte können wiederum auf diese sedimentierten Spuren vergangener Kämpfe aufbauen und den davon ausgehenden, egalitären Impuls re-artikulieren und ausdehnen. Der Bruch, den ein demokratisches, singuläres Ereignis benennt, und die anschließenden Praktiken der Instituierung dieses egalitären Impulses bilden gleichsam notwendige Momente einer solchen Prozedur. Diese demokratisierenden Praktiken bestehen daher für uns wesentlich in der gemeinsamen Schaffung „*egalitärer Ausgangssituationen*“ innerhalb eines von herrschaftlichen Strukturen durchzogenen Gesellschaftsgefüges; egalitäre Ausgangssituationen, die das Versprechen der Demokratie aktualisieren und so einen neuen, demokratischeren Möglichkeitsraum für alle etablieren können. In diesem Sinne benennt eine demokratisierende Praxis nicht nur den (widerständischen) Einspruch gegen politische Strukturen und Entscheidungen, die dem erwähnten „demokratischen Versprechen“ nach Freiheit und Gleichheit aller entgegenstehen (Jörke 2010: 283ff.), sondern immer auch die egalitäre Transformation sozialer Strukturen.

Ausgehend von diesem breiten, praxistheoretischen und – wie wir meinen – emanzipatorischen Demokratieverständnis diskutiert unser Beitrag nun sich daraus ergebende Möglichkeiten und Fallstricke: Wie kann sich das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung bzw. -

ermächtigung in Strukturen ökonomischer (Re-)Produktion einschreiben? Wie ließen sich kapitalistische Produktionsverhältnisse praktisch demokratisieren?

4. Wirtschaftsdemokratie: Mehr (als) Mitbestimmung¹⁷

„Eine Erneuerung der Demokratie stehen die gegenwärtigen Eigentums- und Verfügungsstrukturen überall dort entgegen, wo ökonomische Macht demokratische Entscheidungen ausschließt oder erschwert, wo Profitinteressen die Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben blockieren, wo notwendig langfristiges Handeln durch kurzfristige Verwertungsinteressen unterlaufen wird.“ (ISM 2011: 17) Dieses Zitat bringt sehr schön zum Ausdruck, welchen Widrigkeiten sich eine Demokratisierung ökonomischer Verhältnisse mit dem kapitalistischen Verwertungsprimat gegenüberstellt: Ökonomische Macht, d.h. die Verfügung über Kapital und damit Investitionsentscheidungen, kennt aktuell keine demokratische Grundierung oder Rechtfertigung. Das neoliberale Lob des „unternehmerischen Geistes“ impliziert auch ein Setting, in dem meist Männer mutig und unverfroren zum Wohle des Wachstums bzw. ihres Profits voranschreiten – ohne hier irgendwie demokratisch legitimiert zu sein. Kapitalistische Marktwirtschaft beruht auf Privateigentum und der freien Möglichkeit, dieses im Rahmen von vertraglichen Übereinkünften zu bewegen. Wo, wer und was produziert werden soll entscheiden die Eigentümer und eben nicht primär jene, die davon betroffen sind – sei es jetzt als Lohnarbeitende, KonsumentIn oder AnwohnerIn. Wobei das so platt formuliert nicht stimmt: Nicht nur die davon direkt Betroffenen, sondern alle StaatsbürgerInnen haben im Rahmen staatlicher Selbstbestimmungsprozesse die Möglichkeit, demokratisch die Art und Weise der Produktion (z.B. über Umweltschutzbestimmungen) oder der Lohnarbeit (z.B. Arbeitsverfassungsgesetz) über Gesetze mitzubestimmen.

Dies verweist uns gleich zu Beginn auf zweierlei: Kapitalistisches Wirtschaften benötigt erstens eine rechtliche Grundierung und eine gesetzliche Absicherung/Vertragssicherheit, wobei es eben der bürgerliche Staat ist – so die materialistische Staatstheorie (u.a. Hirsch 2005) – in und über den sich diese ökonomischen Klasseninteressen als politische konstituieren. Die Sicherung kapitalistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse braucht eine von den gesellschaftlichen Verhältnissen „getrennte“ politische Form. Diese „relativ autonome“ politische Form namens Staat ist nun eben aber kein monolithischer Block, sondern als eine „materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002) ein zentrales Strukturierungsprinzip einer Gesellschaftsformation. Das heißt soviel wie: In den und über die Staatsapparate(n) (u.a. Ministerien) formieren sich umkämpfte Politiken, die kapitalistische Produktionsverhältnisse absichern, ermöglichen, intensivieren aber auch unterminieren können. Das wiederum hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab bzw. davon, ob und wie es einzelne soziale Kräfte strategisch schaffen, ihre Konzepte und Ideen hegemonial

¹⁷ Dieser Beitrag kann die Empfehlung, das eben skizzierte Demokratieverständnis in Hinblick auf internationale, nationale oder europäische Governancesysteme praktisch zu diskutieren, nicht nur aus Platzgründen nicht einlösen: Es fehlt uns an konkretem Wissen, wie das Zusammenspiel von Wirtschaftspolitiken, politischen Kräfteverhältnissen und institutioneller Verfasstheit insbesondere auf internationaler Ebene aktuell beschieden ist. Eben weil diesbezüglich fähigere KollegInnen im Track anwesend sind, ist es hier hauptsächlich unsere Aufgabe, ein emanzipatorisches Verständnis von Demokratie zur Diskussion zu stellen und an Hand der gewerkschaftlichen Debatte zur Wirtschaftsdemokratie ansatzweise anzuwenden.

durchzusetzen, d.h. auch rechtlich auf Dauer zu stellen.¹⁸ Das macht – zweitens – deutlich, dass eine kapitalistische Ökonomie und Staatlichkeit aufs tiefste miteinander verwoben sind und sich wechselseitig konstitutiv voraussetzen, wobei es eben Aufgabe der historisch-materialistischen Staatstheorie bzw. der Regulationstheorie ist, Transformationsprozessen kapitalistischer Staatlichkeit theoretisch nachzuspüren. Kapitalistische Klassenherrschaft beinhaltet daher nicht nur das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit im Reich der Produktion (u.a. Marx 1967), sondern konstituiert sich auch in und über staatliche Politiken: Der Staat ist ein strategisches Terrain, auf dem verschiedene Kräfte Konflikte austragen und Politiken formuliert werden; ein Terrain, das von vergangenen Kämpfen und Kompromissen immerzu vorstrukturiert ist. D.h.: Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch eine widersprüchliche, gleichzeitige Verknüpfung und Trennung von politischer und ökonomischer Herrschaft aus, wobei nur die politische Herrschaft innerhalb liberal-demokratischer Verfasstheit demokratischen Verfahren unterworfen ist, während die Ökonomie mit einigen Ausnahmen wie BetriebsrätInnen systematisch undemokratisch organisiert ist (vgl. Brand 2009).

Was könnte dies nun für unsere demokratisierenden Praktiken heißen, d.h. jenen gemeinsamen Aktivitäten, die auch im Reich der Ökonomie egalitäre Verhältnisse herstellen wollen? Wie und wo könnte Wirtschaftsdemokratie¹⁹ praktisch werden?

1) Erstens gilt es diesen Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und Staatlichkeit aus der Perspektive *gesamtgemeinschaftlicher Reproduktion* im Blick zu behalten, ohne funktionalistischen Versuchungen anheim zu fallen. Es geht um die Praktiken der Demokratisierung aller sozialer Sphären. Die Zurückweisung liberaler Dichotomien (Staat-Ökonomie; Staat-Markt; öffentlich-privat) und ein materialistisches Staatsverständnis ermöglichen uns, konkrete Praktiken der Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse auf verschiedenen sozialen Ebenen und in unterschiedlichen sozialen Räumen ansetzen zu lassen. Das, was alle ökonomisch betrifft, neu und demokratisch auszuhandeln, bedeutet daher sowohl

¹⁸ Zwei Punkte dazu: (Klassen-)Kämpfe zwischen AkteurInnen finden daher erstens nicht nur in der ökonomischen Instanz statt, sondern auch auf politischer sowie ideologischer Ebene. Zweitens erfordert ein kritischer Zugang, dass Fragen zur ökonomischen Produktion aus der Perspektive *gesamtgemeinschaftlicher Reproduktion* betrachtet werden (Althusser 2012). Erst dadurch geraten Fragen nach den Bedingungen von ökonomischer Produktion – wie z.B. materielle wie ideologische Reproduktion der Ware Arbeitskraft, vergeschlechtlichtes Verhältnis von unbezahlter Reproduktionsarbeit und bezahlter Lohnarbeit, Zusammenhang von staatlichen Politiken und ökonomischer Prosperität, etc. – ins analytische Blickfeld. Die Perspektive *gesamtgemeinschaftlicher Reproduktion* ist auch von fundamentaler Bedeutung, wenn es gilt, Fragen der „Wirtschaftsdemokratie“ wegzubekommen von einem Fokus auf Fragen der Distribution: Es geht nicht nur darum, wer wie viel vom erwirtschafteten Gewinn z.B. der Bäckerei abbekommt (z.B. Lohnverhandlungen), sondern auch darum, wie demokratisch die Arbeiten in der Bäckerei organisiert sind, wie egalitär darin Entscheidungen getroffen werden und wie die Bäckerei *gesamtgemeinschaftliche* Fragen und Bedürfnisse jenseits von Marktbeziehungen integriert.

¹⁹ Brand (2009) unterscheidet zwei wirtschaftsdemokratische Formen seit den 1920er Jahren, eine defensive und eine offensive: Erstere bestand/besteht darin, die Macht des Kapitals im Betrieb und auf die Politik zu beschränken, Gewerkschaftskräfte aufzubauen und Mitsprache in der Ökonomie zu erkämpfen. Die zweite geht von diesem Mitbestimmungsdefizit aus und will Demokratie auch jenseits des Staates durchsetzen. Warum sollen nur KapitalbesitzerInnen über Lohnhöhe, Investitionen und Arbeitszeiten verfügen? Das war die Geburtsstunde gewerkschaftlicher Bewegungen, die auf Makroebene wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten implementiert haben, auf Mesoebene Regelungen zur Arbeitszeit und Tarifpolitik durchsetzten und auf Mikroebene mit BetriebsrätInnen eine Institution der Mitbestimmung erkämpften.

die Möglichkeiten zu nutzen, die es auf legislativer Ebene auf nationalstaatlicher oder europäischer Ebenen gibt (Aktualisierung des Prinzips der Volkssouveränität), als auch meist lokale Versuche zu unterstützen, die private Aneignung gemeinsam produzierter Güter und Werte radikal in Frage stellen und deren Verteilung, Verfügung und den Zugang dazu egalitär organisieren wollen (Prinzip der sozialen Teilhabe), etwa in Besetzungen. Wirtschaftsdemokratie bedeutet daher, dass die Unterscheidung von Ökonomie und Politik aufgehoben wird, „da die Entscheidungen über die Produktion von Gebrauchswerten und die Entscheidungen über das kollektive Leben zusammenfallen.“ (Demirović 2008: 65). Klar wird, dass eine Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse beides braucht – sowohl veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen (u.a. Lohnarbeitszeitverkürzung) als auch Initiativen, die das Privateigentum an Produktionsmitteln durch andere Organisations- und Eigentumsformen (Genossenschaften, Besetzungen, Vergesellschaftungen) aushöhlen. In diesen Konflikten geht es dabei nicht nur um eine andere (quantitative) Verteilung der gemeinsam hergestellten Güter und Werte, sondern insbesondere auch um die qualitative Veränderung der Art und Weise, wie und wozu etwas hergestellt wird – und wer dies tut: Dies betrifft insbesondere das Verhältnis von Produktions- und meist weiblicher, unbezahlter Reproduktionsarbeit. Demokratisierung aller Lebensbereiche heißt somit, dass die „Unterscheidung von Wirtschaft als Privatsphäre und Politik als Sphäre des Allgemeininteresses“ (Demirović 2012) überwunden wird, wodurch die gesellschaftliche Arbeit in ihrer Gesamtheit (Care-Arbeit, Gütererzeugung, bezahlte wie unbezahlte Arbeit, wissenschaftliche und kreative Aktivitäten, etc.), d.h. die gemeinsame Produktion des gemeinsamen Zusammenlebens, als Ort der Demokratie auftaucht. Die von uns theoretisch beschriebenen Praktiken der Demokratisierung setzen daher entlang ihrer Dimensionen – Gleichheit, Selbstkonstitution, Dissens und Offenheit – an vorhandenen sozialen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen (nicht nur) in der Ökonomie an und transformieren Produktionsverhältnisse. Die Art und Weise, wie dies konkret passiert bzw. zu passieren hätte, variiert natürlich und kann von der Implementierung von Gesetzen bis hin zu *rätedemokratischen Verfahren* reichen:

„Mit der Rätedemokratie nimmt das Gemeinwesen eine andere Form an: Es ist nicht mehr gespalten in eine wirtschaftliche Sphäre egoistischer Privatinteressen und eine die Allgemeinheit und Solidarität verbürgende Sphäre der Politik; vielmehr handelt es sich um das konkrete Gemeinwesen der kooperativen Lebenszusammenhänge der Individuen. In diesen Kooperationen entscheiden die Individuen gemeinsam, wie sie ihre gemeinsame Arbeit organisieren und wie sie leben wollen: Menge der Gebrauchswerte, die sie benötigen, eingesetzte gemeinsame Arbeitszeit, Art und Weise der Arbeitsorganisation, die die bürgerlichen Formen von Büro und Fabrik hinter sich läßt, Gestalt der Güter, Verwendungsweise der freien Zeit: Kindererziehung, Bildung, Vergnügen, Faulheit.“ (Demirović 2008: 65)

Rätedemokratische Initiativen können in der linken Historie als temporär funktionierende Versuche betrachtet werden, Entscheidungsprozesse von unten nach oben zu delegieren. Räte sind von einer Wahlkörperschaft direkt delegiert, kontrollierbar und wieder abrufbar. So können sich Räte in Betrieben bilden, die selbst, lokal und demokratisch über ihre Arbeit und die Produktion bestimmen. Räte versuchen den der demokratischen Repräsentation inhärenten Probleme der „Entfremdung“ der gewählten MandatsträgerInnen entgegenzuwirken, wobei rätedemokratische Verfahren auch auf lokaler Ebene (Gemeinderäte), Stadtteilen oder in

schulischen Einrichtungen denkbar sind bzw. auch schon existieren. Zentral ist nun, dass Räte die Grenzen von Arbeitsplatz und Wohnort überschreiten und Wirtschaftsdemokratie als freie, gemeinsame Selbstbestimmung organisieren.²⁰ Räte sind daher eine Möglichkeit, die Verfügung über Produktionsentscheidungen demokratisch zu organisieren, wobei jene, die selbst tätig sind, über die Art und Weise der Produktion selbst entscheiden (vgl. Negt 2011). Getrieben sind solche Versuche von der Idee, das betriebswirtschaftliche Regime der Besitzenden, die täglichen Erniedrigungen und Unterwerfungen zu suspendieren und das, was sie auch ohne diese disziplinierende, Mehrwert abpressende Herrschaft schaffen, selbst in die Hände zu nehmen. Rätedemokratische Initiativen müssen sich daher Offenheit bewahren (d.h. auf Mitsprache drängende Individuen zusätzlich inkludieren) und entlang von Gleichheit ihre Produktion ausrichten. Gleichsam gilt es zu bedenken, dass das Konzept der Rätedemokratie nicht überall der Weisheit letzter Schluss sein kann (Problematik der Präsenz, ständiger Entscheidungsdruck, etc.), aber „genauso genommen das Stadium innerhalb einer Dynamik der zunehmenden Selbstbestimmung bezeichnet, die es den Individuen ermöglicht, frei die Verhältnisse gestalten, unter denen sie leben wollen.“ (Demirović 2008: 67)

2) Kapitalistische Verwertungsprozesse beruhen darauf, dass über die Produktionsmittel privat verfügt wird. Aus diesem Besitz erwächst Macht und ökonomische Herrschaft, wobei es diese „private“ Freiheit der Besitzenden ist, die eine Demokratisierung der Ökonomie angreifen müsste. Freiwillig werden nur wenige auf dieses Privileg verzichten, haben die Besitzenden doch den Nutzen der bisherigen Verhältnisse: „[S]ie verfügen über enorme Ressourcen, eine Einschränkung ihrer Macht zu unterlaufen oder sich ihr direkt oder offen entgegenzustellen. Sie können Produktionsmittel verlagern, Investitionen unterlassen, Geldkapital abziehen, Steuerflucht begehen.“ (Demirović 2008: 58) Diese Fragen des Eigentums sind viel zu zentral, um glauben zu können, dass sich eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse über einen „deliberativen Diskurs“ zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden herbeigeführt werden können. Wenn das, was ständig alle gemeinsam herstellen, privat angeeignet wird, haben alle immerzu das Recht, dieses Recht auf Privateigentum zum Zwecke der Demokratisierung auszuhebeln. Gerade weil sich dieses Recht auf Privateigentum einiger weniger gegen das Recht vieler auf gleiche, soziale Teilhabe stellt, gilt es unsere Dimension der Gleichheit als Kernelement demokratisierender Praktiken herauszustellen: Als Sozialisten ist uns klar, dass formale Gleichheit und Demokratie zur zynischen Farce werden, wenn gleichzeitig nur einige wenige über ökonomische Herrschaft verfügen, wodurch eine Gesellschaftsformation von Ungleichheitsverhältnissen durchzogen ist und die politischen Staatsapparate zur strukturellen Korruption neigen. Demokratie erfordert neben politischer auch soziale Teilhabe, neben *politischer Gleichheit* auch *soziale Gleichheit*. Das erfordert eine egalitäre Verteilung von Ressourcen, die ökonomisches, kulturelles „Kapital“ ebenso umfassen wie Möglichkeiten zur Mobilität. Die formale Gleichheit muss substantiell werden. Das hat nun weder etwas mit einer „Gleichmacherei“ zu tun, wie liberale Geister einwenden, noch werden dadurch die Leute als „identisch“ adressiert. Vielmehr wird damit der Einsicht entsprochen – und davon sollen wirtschaftsdemokratische Initiativen auch geleitet sein –, dass demokratische Prozesse und Verfahren soziale Bedingungen brauchen, die die Inklusion aller in Demokratie ermöglichen.

²⁰ Vgl. den Beitrag von Jagsch/Tzaferis am Momentum12

Er wirtschaftsdemokratische Clou ist nun, dass diese „Demokratisierung der Demokratie“ (Offe 2003) erst dadurch möglich wird, wenn die Ökonomie gemeinsamen, demokratischen Aushandlungsprozessen unterworfen wird. Hier wird auch deutlich, dass eine bloße Besteuerung und Umverteilung des Profits zuwenig ist, wenn die Eigentumsverhältnisse gleichzeitig weitgehend außen vorgelassen werden. Kapitalbesteuerung ist „noch gar kein Eingriff in die Mechanismen der kapitalistischen Bereicherung selbst, also vor allem in der Aneignung des lebendigen Arbeitsvermögen der Vielen durch Wenige.“ (Demirović 2012) Es braucht Kommunen, Genossenschaften, Kooperationen, die das Eigentum an Produktionsmittel vergesellschaften.

3) Wir haben erwähnt, dass rätendemokratische Verfahren eine Möglichkeit darstellen, um die Trennung von Staat und Ökonomie über eine Demokratisierung beider Bereiche auszuhebeln. Betrachten wir verschiedene Wirtschaftsdemokratie-Konzepte historisch (Dörre 2011), so gibt es keinen Automatismus einer sozialistischen Lesart. Diese Konzepte versuchen aktuell auf das doppelte Systemversagen des real-existierenden Sozialismus und des real-existierenden finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes. Sie „zielen auf die Überwindung des Antagonismus von Plan und Markt, Lohn und Gewinn, Demokratie und ökonomischer Effizienz“ (ebd.). Das ist sehr breit gefasst, beinhaltet nach Dörre aber neue Eigentums- und Partizipationsformen (selbst bestimmte Arbeitsorganisation, materielle Partizipation, Kapitalneutralisierung, etc.) z.B. über MitarbeiterInnengesellschaften oder Genossenschaften, makroökonomische Verteilungsplanung (Lenkung makroökonomischer Verteilungsprozesse, Gewinnbeteiligung, geplante Wirtschaftspolitik, demokratische Zusammensetzung von Plankommissionen). Bei Dörre beinhalten solche wirtschaftsdemokratischen Konzepte auch anti-monopolistische Initiativen, die Wettbewerbe ermöglichen sollen (Effizienzkriterium), wobei er ebenso wirtschaftsdemokratische Prozesse auf verschiedenen Ebenen (Arbeitsplatz, Betrieb, Region, Makroökonomie, Geschlechterverhältnisse) ansetzen lässt; Prozesse die generelle demokratische Verfahren in einer Gesellschaftsformation aufwerten sollen (Dörre 2011).²¹ Wirtschaftsdemokratie kann daher auf verschiedenen sozialen Ebenen eingefordert werden und verlangt nach Praktiken, die die Produktion und Reproduktion der Produktionsbedingungen egalitärer organisieren. Es geht um Mitbestimmung aller, nicht nur der ArbeiterInnen und Angestellten, an der Art und Weise wie, wo, wer und was hergestellt wird und unter welchen Bedingungen. Das erfordert andere Eigentumsverhältnisse und ein Bewusstsein darüber, dass diese Praktiken von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ansetzen und an deren demokratischer Transformation arbeiten müssen.

²¹ Ähnlich wie Dörre differiert auch Bontrup (2011) seine wirtschaftsdemokratischen Vorschläge entlang von Mikro-, Meso- und Makroebene: Auf der ersten, unternehmensbezogenen Ebene spielt das Machtverhältnis von Kapital und Lohnarbeit die zentrale Rolle. Das kapitalzentrierte Investitionsmonopol gilt es zu ersetzen durch demokratische, partizipative Strukturen und Bildungsmaßnahmen. Auf Meso-Ebene gilt es ausgehöhlten Tarifverträgen mittels gesetzlichen Mindestlöhnen, einem expansiven öffentlichen Beschäftigungssektor und Pflichtmitgliedschaften entgegenzuwirken (BRD). Überdies brauche es eine strenge, staatliche Wettbewerbs- und Regulierungspolitik um wettbewerbsimmanente Probleme und Gefahren einer Marktmacht beizukommen. Auf der Makroebene brauche es „gesamtwirtschaftliche Prozesspolitik“, d.h. Ordnungspolitik in Form einer anderen Finanz- und Geldpolitik flankiert von einer höheren Steuer- u. Staatsquote und einer Umverteilung von oben nach unten und Lohnarbeitszeitverkürzungen (Bontrup 2011).

Das heißt für uns jetzt nun nicht, dass solche wirtschaftsdemokratischen Initiativen nur über Ereignisse oder Brüche, d.h. Besetzungen und/oder gewaltsame Aneignungen des Gemeinsamen, über die Bühne gehen können. Nein, vergangene Kämpfe der organisierten ArbeiterInnenbewegung haben egalitäre Breschen in die moderne Form kapitalistischer Staatlichkeit geschlagen, d.h. symbolische Räume der Demokratie, die gesetzlich abgesichert sind (z.B. BetriebsrätInnen) und im Zuge einer Vertiefung nicht nur verteidigt, sondern auch affirmativ ausgedehnt werden müssen. Bestehende, institutionalisierte Formen der Teilhabe und Teilnahme gilt es aufzugreifen und z.B. die parlamentarischen Möglichkeiten für progressive Gesetze auszuloten. Genau hier ist der Platz für Vermögensbesteuerungen, Lohnarbeitszeitverkürzungen, Umverteilung der unbezahlten, meist weiblichen Reproduktionsarbeit, etc., etc. All diese Maßnahmen wirken auf die Bedingungen kapitalistischer Reproduktion ein und können als Hebel für eine demokratischere Ökonomie dienen. Aktuell mangeln solche legislativen Überlegungen daran, dass sie Fragen der Demokratie bzw. der Demokratisierung von Ökonomie meist gar nicht mehr adressieren. Aber genau dies wäre eine Möglichkeit, um mehr öffentliche Legitimität für solche Gesetze bekommen zu können.

4) Die kapitalistische *Logik des Wettbewerbs* erscheint uns als zentrales Hindernis für eine Demokratisierung der Produktionsverhältnisse: Der Fokus auf Konkurrenz zwingt ökonomische Einrichtungen dazu, dem Profit und dem Ziel der Markteroberung bzw. – behauptung alle anderen Bedürfnisse und Möglichkeiten unterzuordnen: „[D]ie Natur und die natürlichen Ressourcen, die Gesundheit, das alltägliche Wohl der Individuen, die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit, das friedliche und solidarische Zusammenleben, die Möglichkeit sinnvollen Arbeitens in einer Assoziation der friedlich vereinten freien ProduzentInnen und Dienstleistenden.“ (Demirović 2008: 55) Der Wettbewerbsimperialismus opfert notfalls Mitbestimmung und Teilhabe, um z.B. mehr Produkte absetzen zu können. Dass es diese Logik des Wettbewerbs ist, die Nationen, abhängig Beschäftigte und auch Lohnarbeitslose gegeneinander aufhetzt, sei nur nebenbei erwähnt. Eine Demokratisierung der Produktion muss daher unter dem begrifflichen Banner der *Kooperation* bzw. der Assoziation sich zusammenfinden. Das ist stressfreier, Ressourcen schonender und vernünftiger, weil Bedürfnisse und Fähigkeiten selbst ins Zentrum gestellt werden. Dass nur Wettbewerb ökonomische Innovationen hervorrufe, muss als ideologisches Restkonstrukt der 1990er Jahre betrachtet werden, wird doch v.a. in der immateriellen, digitalen Produktion immer klarer, dass das Privateigentum bzw. das Urheberrecht vielmehr produktivkrafthemmend sind. Kooperative Praktiken und Prozesse entsprechen vielmehr der demokratischen Idee der Autonomie, d.h. das die Regierten sich ihre Regeln selbst setzen – und nicht der Fabrikherr. Wenn eine kapitalistische Ökonomie wesentlich darauf hinausläuft, die Privilegien der Wenigen zu sichern, während die Mehrheit strukturell benachteiligt und ausgeschlossen wird, beinhaltet Wirtschaftsdemokratie die Transformation dieser Produktionsverhältnisse: „Sie hat zum Ziel, die Naturgesetze der Wirtschaft zum Gegenstand des gemeinsamen Entscheidens unter Beteiligung aller zu machen.“ (Demirović 2008: 57)

5) „Eine Demokratisierung aller Lebensbereiche ist die einzige Möglichkeit, ein demokratisches System lebendig zu halten. Wo Menschen sich als bloße Anhängsel von Marktgesetzen erfahren und der praktisch-diktatorischen Gewalt einer Managerclique unterworfen sind, gehen die demokratischen Teilhabeimpulse verloren. Demokratie wagen, das

hieße heute Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Verfügungsmacht über die Produkte ihrer eigenen Arbeit – hieße: Wirtschaftsdemokratie wagen.“(Negt 2011: 8f.) Dies erfordert für Negt, den Warencharakter der Arbeit, ihrer Produkte und Eigentumsformen einzugrenzen, Lebensbereich wieder einer Dekommodifizierung unter zu ziehen, die „Märkte“ wieder gesellschaftlich, politisch einzugrenzen und einzubetten und Sozialstaatlichkeit auszubauen. Praktische Projekte der „solidarischen Ökonomie“, von Wohn- und Betriebsalternativen hin zu Produktiv- und Konsumgenossenschaften können wirtschaftsdemokratische Fluchlinien in die vorherrschende Ökonomie schlagen und Ausstrahlungskraft haben, wenn sie um Werte wie Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbstregulierung angeordnet sind und sich über stetige Kooperationen versichern, dass dieses „Selbst“ nicht umschlägt in reaktionäre, identitätslogische Vorstellungen von Nationalität, Lokalität oder Ethnizität. Wirtschaftsdemokratische Praktiken brauchen Offenheit UND Selbstkonstitution. In der politischen Praxis wird heute Demokratie in der Wirtschaft aber reduziert auf Beteiligungsrechte von BetriebsrätInnen. Wirtschaftsdemokratie im umfassenden gesellschaftlichen Sinne, gar als Projekt der Transformation, steht auch in den Gewerkschaften nicht mehr zur Debatte. Wir müssen darin mehr sehen: Schritte zu einer umfassenden Demokratisierung, Mitbestimmung aller als zentrales Element einer sozialistischen Demokratie²². Fern jeglicher Sonntagsreden beinhaltet Wirtschaftsdemokratie die Vorstellung eines alternativen Gesellschaftsentwurfes. Die aktuellen, liberal-demokratischen Staaten Demokratien „sind weit davon entfernt, die unser Leben beherrschenden Machtstrukturen anzutasten“ (Phillips 1995: 66). In der Organisation demokratisierender Praktiken und Prozesse im Bereich der Ökonomie braucht es unserer Meinung nach daher eine Doppelstrategie, die einerseits innerhalb der Staatsapparate vorhandene Möglichkeiten und Räume nützt, als auch außerhalb staatlicher Zusammenhänge Projekte lanciert, die alternative Formen von sozialer Reproduktion entwickeln und testen. Es gibt keinen singulären Königsweg, um eine Demokratisierung der privat verfassten Sphäre der Wirtschaft durchzusetzen. Klar ist, dass es organisierte Zusammenhänge braucht, politische Bewegungen und eine Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, um solche Demokratisierungsschritte gegen die institutionalisierte Herrschaft des Kapitals durchzuringen. Mehr denn je müssen die ökonomischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse heute Orte und Objekte solcher demokratisierender Praktiken werden; d.h. gemeinsamer Praktiken, die sich für Gleichheit konflikthaft einsetzen, die Idee kollektiver Selbstbestimmung affirmieren und gleichzeitig offen bleiben für erneute und vertiefende Versuche, ebendiese Demokratie gegenüber der aktuellen Form kapitalistischer Staatlichkeit auszuweiten. Nur dadurch kann ein sozial-ökologischer Gesellschaftsumbau gelingen.

²² Wolfgang Abendroth hat diese konstitutive Verschränkung von Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus auf den Punkt gebracht: „Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus dem einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.“ (Abendroth 1975: 26)

5. Literaturverzeichnis

- Abendroth, W., 1975: Demokratie als Institution und Aufgabe. In: Perels, J. (Hg.), *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik*. Fr.a.M.:
- Althusser, L., 2012: Über die Reproduktion. Ideologie und ideologische Staatsapparate, 2.Halbband. Hamburg: VSA.
- Arendt, H., 1963: Über die Revolution. München: Piper.
- Bader, P./Becker, F./Demirović, A./Dück, J., 2011: Die multiple Krise - Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, A./Dück, J./Becker, F./Bader, P. (Hg.), *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA, 11-28.
- Badiou, A., 2010: The communist hypothesis. London: Verso.
- Bedorf, T./Röttgers, K. (Hg.), 2010: Das Politische und die Politik. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Bonacker, T., 2006: Die politische Theorie der Dekonstruktion: Jacques Derrida. In: Brodacz, A./Schaal, G. S. (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen: Budrich, 189-220.
- Bontrup, H.-J., 2011: Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. Köln: PapyRossa.
- Brand, U., 2009: ¿Demokratie? okto.tv/demokratie:
<https://www.youtube.com/watch?v=FQzDMkaUxrg>.
- Buchstein, H./Jörke, D., 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie. *Leviathan*. **31**(4), 470-495.
- Buchstein, H./Nullmeier, F., 2006: Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*. **19**(4), 16-22.
- Celikates, R., 2010: Die Demokratisierung der Demokratie. Etienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht. In: Bröckling, U./Feustel, R. (Hg.), *Das Politische denken*. Bielefeld: transcript, 59-76.
- Comtesse, D./Meyer, K., 2011: Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie. *Zeitschrift für Politische Theorie*. **2**(1), 63-75.
- Crouch, C., 2008: Postdemokratie. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Crouch, C., 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Demirović, A., 2008: Wirtschaftsdemokratie, Rätedemokratie und freie Kooperationen. Einige vorläufige Überlegungen. *Widerspruch*. **55**(55-68).

- Demirović, A., 2012: Bitte keine Ruhe bewahren. Krise&Demokratie. Wirkliche Demokratie als Aufhebung der Trennung von Wirtschaft und Politik. *ak - analyse&kritik*. **571**(
- Demirović, A./Sablowski, T., 2011: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. *PROKLA*. **42**(1), 77-106.
- Derrida, J., 2006: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Dörre, K., 2011: Neue Wirtschaftsdemokratie ein Konzept gesellschaftlicher Transformation. Linz: 3.Tagung des Instituts für Gesamtanalyse der Wirtschaft.
- Foucault, M., 1992: Was ist Kritik? Berlin: Merve.
- Habermas, J., 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardt, M./Negri, A., 2000: Empire. Cambridge, Mass. u.a.: Harvard University Press.
- Hardt, M./Negri, A., 2004: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Fr.a.M.: Campus.
- Hebekus, U./Völker, J., 2012: Neue Philosophien des Politischen. Zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Hillebrandt, F., 2009: Praxistheorie. In: Kneer, G./Schroer, M. (Hg.), *Handbuch Soziologische Theorien*. Wiesbaden: VS Verlag, 369-394.
- Hirsch, J., 2002: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg: VSA.
- Hirsch, J., 2005: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA.
- ISM, 2011: Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. Berlin: ISM <http://www.solidarische-moderne.de/serveDocument.php?id=94&file=a/3/4120.pdf>.
- Jörke, D., 2010: Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. **20**(3-4), 269-290.
- Klatzer, E./Schlager, C., 2011: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. *Kurswechsel*. **29**(1), 61-81.
- Klinger, C./Knapp, G.-A./Sauer, B. (Hg.), 2007: Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität. Frankfurt/New York: Campus.
- Konecny, M., 2012: Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa - gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien. *PROKLA*. **168**), 377-394.
- Lefort, C., 1990: Die Frage der Demokratie. In: Rödel, U. (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Fr.a.M.: Suhrkamp, 281-297.

- Lehner, D., 2012: Egalitäre Ausgangssituationen schaffen – zur Demokratisierung „postdemokratischer“ Zustände. Donau-Institut Working Paper. Budapest: Andrassy-Universität.
- Lehner, D., 2012: Freiheit, Gleichheit - und Ereignis? Zur Kritik und Vertiefung "radikaler Demokratietheorien". *MomentumQuarterly*. **1**(2), 102-121.
- Lenin, W. I., 1980: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: ders. (Hg.), *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. Karl Marx. Über den Staat*. Berlin: Dietz-Verlag, 7-13.
- Lorey, I./Kastner, J./Waibel, T./Raunig, G. (Hg.), 2012: Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen Wien: turia&kant.
- Luxemburg, R., 1983: Zur russischen Revolution (1918). In: dies. (Hg.), *Gesammelte Werke (GW). Band 4*. Berlin: Dietz,
- Macpherson, C. B., 1990: Besitzindividualismus und liberale Demokratie. In: ders. (Hg.), *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*. Fr.a.M.: Suhrkamp, 295-310.
- Marchart, O., 2005: Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung Wien: turia&kant.
- Marchart, O., 2006: Die politische Theorie des zivilgesellschaftlichen Republikanismus: Claude Lefort und Marcel Gauchet. In: Brodocz, A./Schaal, G. S. (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II*. Opladen: Budrich, 221-251.
- Marchart, O., 2010: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Marti, U., 2006: Demokratie - das uneingelöste Versprechen. Zürich: rotpunkt Verlag.
- Marx, K., 1967: Das Kapital. MEW 23. Berlin: Dietz.
- Marx, K., 1967 [1845]: Thesen über Feuerbach. In: Marx, K./Engels, F. (Hg.), *MEW*. Berlin: Dietz, 5-7.
- Mouffe, C., 2000: The democratic paradox. London: Verso.
- Mouffe, C., 2007: Über das Politische. Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Negri, T., 1998: Repubblica Costituente. In: Atzert, T. (Hg.), *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Hamburg: ID Verlag, 67-81.
- Negt, O., 2010: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Negt, O., 2011: Keine Zukunft der Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie. In: Meine, H./Schumann, M./Urban, H.-J. (Hg.), *Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!* Hamburg: VSA, 7-13.

- Oberndorfer, L., 2012: Hegemoniekrise in Europa - Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Europa", F. S. (Hg.), *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling* Münster: Westfälisches Dampfboot, 50-72.
- Offe, C. (Hg.), 2003: *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge.* Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- ÖVP, 2012: *Demokratiereform. Beschluss des Bundesparteivorstandes.* Wien: 22.06.2012.
- Phillips, A., 1995: *Geschlecht und Demokratie.* Hamburg: Rotbuch.
- Poulantzas, N., 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus.* Hamburg: VSA.
- Rancière, J., 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie.* Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Rancière, J., 2008: *Zehn Thesen zur Politik.* Berlin: diaphanes.
- Rancière, J., 2010: *Demokratie und Postdemokratie.* In: Badiou, A./Rancière, J. (Hg.), *Politik der Wahrheit.* Wien: turia&kant, 119-156.
- Reckwitz, A., 2003: *Grundelemente einer Theorie Sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive.* *Zeitschrift für Soziologie.* **32**(4), 282-301.
- Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H., 1989: *Die demokratische Frage.* Fr.a.M.: Suhrkamp.
- Sartori, G., 1997: *Demokratiethorie.* Darmstadt: Primus.
- Schmidt, M. G., 2010: *Demokratiethorien. Eine Einführung.* 5.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schumpeter, J., 1993: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.* 7.Aufl. Tübingen: Francke Verlag.
- Sennett, R., 1977: *The fall of public man.* N.Y.: Knopf.
- Wöhl, S., 2012: „Occupy Wall Street“ – Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsen-tation und politische Partizipation. In: de Nève, D./Olteanu, T. (Hg.), *Politische Partizipation jenseits der Konventionen.* Opladen: Budrich, (i.E.).